

Saubere, verlässliche und leistbare Energie für alle



DIE HERAUSFORDERUNG

Um die Klimaziele zu erreichen, muss in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ein massiver Umbau des Energiesystems gelingen. Fossile Energieträger wie Öl und Gas müssen schrittweise durch erneuerbare Energiequellen wie Wind oder Solarenergie ersetzt werden. Dabei geht es auch um die Frage, wer die Energiewende bezahlen soll, und deshalb letzten Endes um Verteilungsgerechtigkeit.

Die Energiekrise hat deutlich gemacht, dass die Energie als lebensnotwendiges Gut nicht dem freien Markt überlassen werden kann. Eine Just Transition des Energiesystems braucht daher eine neue Leitlinie, die sich nach dem Gemeinwohl orientiert.



DIE ÖGB POSITION

Der ÖGB hat sich sowohl in seinem Positionspapier Klimapolitik aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive als auch in seinem Arbeitsprogramm 2023 – 2028 für ein sauberes und gerechtes Energiesystem stark gemacht. Um Österreich lebenswert zu erhalten, muss die Energiebereitstellung zu 100 Prozent klimaneutral werden.

Die Energiewende ist keine rein technische Frage, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, deren soziale Dimension im Mittelpunkt stehen und mit ökologischen Anforderungen verbunden werden muss. Sie ist daher aktiv zu gestalten, sodass am Ende sowohl die Nutzer:innen, als auch die Beschäftigten und das Klima profitieren. Dabei müssen allen von der Transformation betroffenen Beschäftigten attraktive Zukunftsaussichten im Arbeitsleben geboten werden.

Gefördert durch

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

**OGB**
Klimabüro



KONKRETE FORDERUNGEN

- **Energieeffizienz:** Energieeffizienz ist eine zentrale Maßnahme, die Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Leistbarkeit garantiert. Dabei sind nicht nur finanzielle Fragen relevant, sondern auch rechtliche Barrieren zu beachten, wie beispielsweise die Unterschiede bei Miet- oder Eigentumswohnungen. Um allen Menschen Zugang zu Energieeffizienzmaßnahmen zu ermöglichen, müssen daher auch neue Strukturen geschaffen werden.
- **Klimamilliarde:** Eine jährliche Klimamilliarde soll bis 2030 für saubere Heiz- und Kühlsysteme sowie für die thermische Sanierung von Wohnungen und die thermische Sanierung von Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stehen.
- **Soziale Konditionalitäten in der Fördervergabe:** Die Entstehung neuer grüner Branchen, wie zB der Wasserstoffproduktion, schafft neue Arbeitsplätze. Für den ÖGB ist zentral, dass diese „green jobs“ auch gute Jobs sind. Daher muss der Erhalt von Steuergeldern an Bedingungen für die Schaffung guter Arbeitsplätze geknüpft sein.
- **Solidarische Netzfinanzierung:** Zurzeit wird ein überproportional großer Teil der Netzkosten von Haushalten getragen. Erzeuger und Händler hingegen tragen wenig bis nichts zum dringend notwendigen Netzausbau bei. Eine faire, verursachungsgerechte Kostentragung durch alle Netznutzer:innen unter besonderer Berücksichtigung von schutzbedürftigen Gruppen soll hier zu mehr Gerechtigkeit führen. Außerdem braucht es für den Netzausbau dringend eine längerfristige, mit dem Klimaziel von Paris konforme Netzplanung.
- **Gewährleistung der Daseinsvorsorge:** Energie bedeutet Wärme und Mobilität; sie ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Staat darf daher die Verantwortung für ihre Bereitstellung nicht dem freien Markt überlassen. Die öffentliche Hand sollte ihre Unternehmensbeteiligungen sichern und ausbauen und so garantieren, dass Energieunternehmen langfristig sauberen, leistbaren und verlässlichen Energie zur Verfügung stellen können.

Gefördert durch

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

**OGB**
Klimabüro